

# Warum abgeschoben wird. Und warum das nichts als Unfug ist.

Gerade ist zum zweiten Mal ein Abschiebeflug von Deutschland nach Kabul abgesagt worden. Der außerordentliche Parteitag der SPD im Juni 2017 votierte gegen Abschiebungen nach Afghanistan. Wo sie aber in Bundes- oder Landesregierungen sitzen, votieren nicht nur SPD-Mitglieder, sondern auch Grüne dafür, Abschiebungen nach Afghanistan konsequent weiter durchzuführen. Die Union sowieso. Geflüchtete mit einer sogenannten „geringen Bleibeperspektive“ sind zum Spielball parteipolitischen Kalküls geworden. Ihre Abschiebungen werden um jeden Preis durchgesetzt. Wie es mit ihnen weitergeht, wenn sie zurückgefliegen sind, darum schert sich kaum jemand – vor allem ändert es nichts an der aktuellen Abschiebepaxis. Ein Essay von Stephan Dünwald.

Für die Umstände, unter denen Abschiebungen aus Deutschland durchgesetzt werden, lassen sich starke Worte finden. Meist findet eine Verletzung grundlegender Menschenrechte statt. Oft wird den Menschen von der Polizei physische Gewalt angetan. Abschiebungen, gerade nach Afghanistan, gefährden die Sicherheit der Abgeschobenen massiv, setzen sie Risiken aus, denen sie nicht aus eigener Kraft entrinnen können, und werfen sie mittellos in eine Elendssituation. Eine solche Situation erlebt gerade im Moment Shams Ahmadi, der bis vor kurzem in Passau lebte. Er ist 24 Jahre alt. Ein Bombenanschlag in seinem Herkunftsland hatte seine Hand verkrüppelt und ihn traumatisiert. Im Winter 2016 verbrachte er einige Wochen in einer Psychiatrie. Er erhielt drei Sorten Psychopharmaka, um nach seiner Entlassung einigermaßen angstfrei leben zu können. Sein Asylantrag wurde abgelehnt.

## Der Fall Shams Ahmadi – Abschiebung um jeden Preis

Am 23. Januar 2017 wurde Shams von der Polizei abgeholt, am Abend in eine Boeing 767 gesetzt und nach Kabul gebracht. Seine Rechtsanwältin hatte in mehreren Eilanträgen beim Verwaltungsgericht, beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof und zuletzt beim Bundesverfassungsgericht versucht, die Abschiebung zu verhindern. Der Richter am Bundesverfassungsgericht erlaubte

schließlich die Abschiebung, nachdem die zuständige Zentrale Ausländerbehörde Niederbayern versichert hatte, Herr Ahmadi habe ausreichend Medikamente dabei, und obendrein den Kontakt zu einer psychosozialen Einrichtung in Kabul. Beides konnte Shams nach seiner Ankunft nicht bestätigen. Er kam ohne Medikamente in Kabul an. Was ihn erwartete, ähnelte einem kalten Entzug, der ihn, zusammen mit der Abschiebeerfahrung, aus seinem mühsam austarierten psychischen Gleichgewicht warf.

Klaus-Peter Metzger kümmert sich schon lange um Shams Ahmadi. Nach der Abschiebung hält er Kontakt zu Shams, kündigte ihn bei der Afghanistan Migrants Advice and Support Organisation (AMASO) an, die Abgeschobenen Beratung und ein Minimum an Unterstützung bietet. Metzger ruft zu Spenden für Shams auf, macht über Facebook auf sein Schicksal

## Shams driftet ab

aufmerksam. Von den Spenden kann für Shams aber lediglich eines der drei benötigten Medikamente bezahlt werden. Es ist schwer, an die anderen in Kabul überhaupt heranzukommen.

Nach Wochen der Obdachlosigkeit findet Shams ein Zimmer bei einem Bekannten in Kabul. Bezahlen kann er es nur mit dem Geld, das ihm von einem Unterstützerkreis in Deutsch-



Shams Ahmadi – Januar 2017 – Verloren in Kabul. Bild auf Facebook.

land geschickt wird. Er kann auch Kontakt aufnehmen zu IPSO, einer deutsch-afghanischen NGO, die Mittel des deutschen Außenministeriums erhält. Dort kann aber nicht viel für ihn getan werden. IPSO ist therapeutisch ausgerichtet, medikamentöse Behandlungen bekommt man dort nicht. Shams driftet ab, ist zunehmend desorientiert, berichtet von rasenden Kopfschmerzen.

Wenige Wochen später fährt ein Auto Shams an, er muss ins Krankenhaus. Die Zukunft ist ungewiss. Der Passauer Unterstützerkreis will versuchen, Shams zurückzuholen. Aber dem steht nun eine Wiedereinreiseperrre und Abschiebekosten in Höhe von deutlich mehr als 10.000 Euro im Weg, die er zuvor begleichen müsste. (Ein Schlepper dürfte billiger sein.)

Viele der Betroffenen hinterlassen Menschen, die ihnen verbunden bleiben. Viele überleben in Kabul nur, weil diese Menschen sie unterstützen, den Kontakt halten, Geld schicken für ein Zimmer. Sie helfen ihnen, zu Bekannten zu reisen, wo es wenigstens zwischenzeitlich eine Bleibe und eine bisschen Sicherheit gibt. Die wenigsten Abgeschobenen haben Familie in Afghanistan, auf die sie sich verlassen können. AMASO unterhält ein kleines Safe House, in dem Abgeschobene ein paar Tage bleiben können. Doch nicht nur Deutschland schiebt nach Afghanistan ab, sondern auch skandinavische Staaten, Österreich, die Niederlande, seit kurzem auch Frankreich. Die Ressourcen zur Aufnahme und Unterstützung all dieser Abgeschobenen sind einfach nicht vorhanden. Viele Abgeschobene landen so auf der Straße im Elend. Andere flüchten nach wenigen Tagen in Kabul gleich weiter, sind inzwischen in Pakistan oder im Iran, oder eben auf dem Weg nach Westen, nach Europa, nach Deutschland.

### **Bayerische Unternehmen wehren sich gegen die Abschiebung ihrer Angestellten**

Viele Abgeschobene waren lange Jahre in Deutschland. Gerade in Bayern waren sie oft gut integriert, hatten Freund\*innen, waren von Unterstützer\*innen in die Familie aufgenommen worden, hatten Kolleg\*innen, Mitschüler\*innen, Chef\*innen. In einem Fall, der Strasser-Bau GmbH in Winhöring bei Altötting, stemmte sich das Unternehmen gegen die drohende Abschiebung ihres afghanischen Kollegen, streikte die Belegschaft mit Unterstützung der Leitung gleichzeitig

auf rund zwanzig Baustellen in Bayern. Mit Erfolg, denn der Afghane erhielt seine Arbeitserlaubnis zurück, von Abschiebung ist keine Rede mehr. Ein anderes Bauunternehmen mit Sitz in Landshut wurde von der Abschiebung überrascht, protestierte zu spät. Ein Afghane konnte mit Erlaubnis der Behörden aus der Gegend von Würzburg nach Niederbayern umziehen. Der Grund: Die Frau, mit der er nach islamischem Recht verheiratet war, erwartete ein Kind von ihm. Dies war jedoch nicht Grund genug, ihn zu dulden. Auch er wurde abgeschoben, nur einige Wochen, nachdem er zu seiner Frau gezogen war.

## **Restriktive Haltung der Ausländerbehörden führt zu Nicht-Einstellung**

Dazu kommen die Proteste von Arbeitgeber\*innen und Ausbildungsbetrieben, Berufsschullehrer\*innen und Wohlfahrtsverbänden. Die meisten Flüchtlinge belegen weiterhin Deutschkurse, viele in Berufsintegrationsklassen, die an eine Ausbildung heranführen sollen. Wenn im

Frühjahr die nächsten Absolvent\*innen der Klassen fertig sind, dann dürfen einige eine Ausbildung anfangen, andere nicht. Das ist mehr als Verschwendung von Steuergeldern, das ist blanker Unfug. Die restriktive Haltung der Ausländerbehörden führt obendrein dazu, dass sich zunehmend Betriebe davon verabschieden, Flüchtlinge einzustellen. Zuviel Bürokratie, zu viel Unsicherheit. Fazit: die Drohung der Abschiebung verhindert nachhaltig die Integration, statt sie zu unterstützen. All das haben auch zumindest die vernünftigeren Kommunen erkannt. Eine Stellungnahme des Bayerischen Städtetags fordert entsprechend mehr Möglichkeiten, über Arbeit und Ausbildung im Aufenthaltsstatus zu vermitteln.

### **Nachbarschaften empören sich über Abschiebungen**

Die Nachbarschaftsinitiativen, die sich für die Integration von Geflüchteten einsetzen, sortieren nicht nach der Bleibeperspektive. Sie unterstützen unterschiedslos alle Geflüchteten, egal woher sie kommen. Beim Schulbesuch, beim Deutschlernen, bei der Suche nach Arbeit und Ausbildungsplätzen. Sie sind empört, weil – nicht nur in Bayern – Geflüchtete entsprechend der „guten Bleibeperspektive“ aussortiert werden und die Vergabe von Arbeits- oder Ausbildungserlaubnissen für alle anderen äußerst restriktiv gehandhabt wird. Diejenigen ohne „gute Perspektive“ sitzen länger in großen Aufnahmelagern und bekommen alle Formen der Ausgrenzung durch die Behörden zu spüren.

Ganz zu schweigen von der alltäglichen Angst, abgeschoben zu werden, die ein Ankommen hier in Deutschland erschwert. Das wird von den vielen Ehrenamtlichen als Ohrfeige für ihr Engagement empfunden. In Bayern gaben im Dezember zahlreiche Initiativen ihre Ehrenurkunden zurück, mit denen die Sozialministerin das ehrenamtliche Engagement für Flüchtlinge würdigen wollte. In Protestschreiben fordern Initiativen und Helferkreise aus ganz Bayern die Aufhebung von Arbeits- und Ausbildungsverbots und den Stopp der Abschiebungen nach Afghanistan.

## **Insbesondere Bayern tut sich hier hervor**

### **Dogma Abschiebung**

Entgegen der wachsenden Empörung bei Unternehmen und Bevölkerung: Abschiebung wird nach wie vor als Wunderdroge gegen die Flüchtlingskrise gehandelt. Abschiebung sei gut, weil sie Härte und Handlungsfähigkeit der Regierungen beweist. Abschiebung sei notwendig, weil sonst die Integrationsbereitschaft der Bevölkerung schwinde. Abschiebung sei gerecht, weil nur bleiben darf, wer auch einen Schutz bekommt.

Insbesondere Bayern tut sich hier bei der Abschiebung von Flüchtlingen mit langjährigem Aufenthalt hervor. Einige Personen wären für die Härtefallkommission qualifiziert gewesen. Die Involvierung der Kommission wurde aber abgelehnt, weil die Geflohenen schon für die Abschiebung vorgesehen waren. Diese Praxis gilt nicht allein für Abschiebung nach Afghanistan. Wenn die Behörden aufgefordert werden, konsequent abzuschicken, dann befolgen sie ihre Anweisung. Bedenken wären da nur im Weg.

Dabei wissen alle Beteiligten, dass Abschiebungen ohnehin nur einen kleinen Teil der Ausreisepflichtigen treffen. Die anderen sollen durch die Härte der Abschiebungen zur freiwilligen Ausreise gezwungen werden, die nur dem Namen nach „freiwillig“ ist. Hier wird systematisch Angst verbreitet. Diese Angstmache hat schon in vielen Fällen dazu geführt, dass Afghanen, selbst solche, die noch gar nicht konkret von Abschiebung bedroht waren, abgetaucht oder illegal in andere EU-Staaten weitergewandert sind, oder nach Suizidversuchen in die Psychiatrie eingewiesen wurden.

Obwohl abgelehnt, erhielten in der Vergangenheit zahlreiche Flüchtlinge einen Aufenthaltsstatus. Bis 2014 galt es als politisch sinnvoll, auch abgelehnten Asylsuchenden eine Bleibeperspektive zu eröffnen, zumindest, wenn sie Arbeit oder einen

Ausbildungsplatz in Aussicht hatten. Heute gilt das in vielen Bundesländern weiterhin, in Bayern aber nicht mehr. Die Zeichen stehen auf Intensivierung der Abschiebung, auch wenn alle politisch Verantwortlichen wissen, dass das bei vielen nicht gelingt, oder aus

guten Gründen nicht möglich ist. Die Wirklichkeit gehorcht nicht der Gesetzgebung. Auch deshalb ist der aktuell an den Tag gelegte Abschiebefuror höchstens schlechte Politik. Hier ist nur zu hoffen, dass nach den Wahlen wieder etwas Vernunft in den politischen Betrieb einkehren wird. Dann könnte wieder deutlich werden, dass die suggerierte Logik nicht greift, sondern dass für die vielen, die keinen Schutz bekommen und trotzdem über lange Jahre bleiben, Perspektiven geschaffen werden müssen.

### **Politisches Kalkül entscheidet über Schutzbedürftigkeit**

Häufig wird von Politiker\*innen das Argument ins Feld geführt, Integration könne nur gelingen, wenn es auch Abschiebung gibt. „Eine konsequente Rückführung abgelehnter Asylbewerber trägt auch dazu bei“, so die Präsidentin des Deutschen Städtetags, Dr. Eva Lohse, „die Akzeptanz für Flüchtlinge in unserer Gesellschaft auf Dauer zu erhalten und erleichtert es den Kommunen, sich auf die Integration der Menschen mit Bleibeperspektive zu konzentrieren“. Gerade die Kommunen sollten wissen, dass Abschiebung und Integration eben nicht die zwei Seiten einer Medaille sind. Die Abschiebungen treffen derzeit gerade diejenigen Flüchtlinge, die eigentlich eine gute Bleibeperspektive hätten, würde der Bundesinnenminister Thomas de Maizière Teile ihres Herkunftslandes nicht als „sicher“ deklarieren. Genau wie in Syrien herrscht auch in Afghanistan Krieg, wird dort aber nur „Konflikt“ genannt.

Im Fall abgeschobener Geflohener aus Afghanistan zeigt sich, wie politisch motiviert das Gewähren von Schutz ist: Afghan\*innen hätten, mit einer Anerkennungsquote von über fünfzig Prozent, im vergangenen Jahr eine gute Bleibeperspektive haben müssen. Diese Perspektive wird ihnen genommen, weil die deutsche Regierung Afghan\*innen insgesamt abschrecken will.

Syrer\*innen dürfen bleiben, an Afghan\*innen will man ein Exempel statuieren. Allein deshalb hat Bundesinnenminister de Maizière dort sogenannte „sichere Regionen“ entdeckt.

Was das Kalkül deutscher Politiker\*innen und ihre Wunderdroge Abschiebung eigentlich kostet, wird meist totgeschwiegen. Laut dem parlamentarischen Staatssekretär Ole Schröder hat ein Abschiebeflug im Januar rund 300.000 Euro gekostet – allein für das Flugzeug. Dazu kommen die Kosten für die Landespolizei, die Geflüchtete verhaftet und zum Flughafen bringt. Und die Ausgaben für gut achtzig Bundespolizisten, die die Abgeschobenen auf dem Flug begleiten und die im Anschluss, mit einem Zwischenstopp in Katar, wieder zurückfliegen. Die Kosten für die begleitenden Ärzte und für die Verwaltungsbeamten, die das ganze Prozedere anordnen, können daneben fast vernachlässigt werden. Die Kosten für die Abschiebehaft hingegen nicht.

### Abschiebung ist keine Lösung

Wir sind gegen Abschiebung, weil es für nichts und niemanden eine Lösung ist. Wir treten für eine Politik ein, die sich den Möglichkeiten, aber auch den Schwierigkeiten des Zusammenwachsens der Welt stellt. Abschiebung ist eine kurzsichtige, einseitige Politik der Kleinstaaterei. Der Blick geht nur bis zur eigenen Staatsgrenze. Mit der Abschiebung, so wird suggeriert, ist das Problem gelöst. Aber welchen Einfluss auf Stabilität, Entwicklung oder Frieden hat es, wenn zehntausende Abgeschobene auf den Flughäfen in Pristina, Kabul, Dakar mittellos abgesetzt werden? Viele verharren im Elend, viele andere flüchten gleich wieder in andere Staaten weiter, weil sie für sich und ihre Kinder dort keine Perspektive finden.

Abschiebung ist nicht mehr als die Ausdehnung der Innenpolitik in die Domänen der Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik. Stattdessen müssten diese Politikfelder auch in die Innenpolitik miteinbezogen werden. Eine Migrations- und Flüchtlingspolitik mit Sachverstand müsste die Interessen der Herkunftstaaten und der Migrant\*innen und Geflüchteten mitbedenken und die Konsequenzen ihres Handelns auch dort einbeziehen, wo die von hier Abgeschobenen dann landen.

## Abschiebung ist weder richtig, noch notwendig

Statt Abschiebung als alternativlos zu feiern, sollte das Augenmerk auf die Bewegungsfreiheit gerichtet werden, dazu zählt auch die genuin freiwillige Rückkehr. Damit ist nicht die Form der Rückkehr gemeint, die Geflüchteten als letzter Ausweg vor der Abschiebung geboten wird. Wirklich freiwillige Rückkehr wird in Deutschland nicht einmal statistisch erfasst. Wer einen Aufenthaltstitel hat, dessen Rückkehr wird nicht als „freiwillige Rückkehr“ gezählt, obwohl doch die freie Entscheidung über den Zeitpunkt und die Art der Rückkehr Bedingung für eine erfolgreiche Rückkehr und Reintegration ist. Was

hingegen aktuell in der deutschen Politik diskutiert wird, ist die erzwungene „freiwillige“ Rückkehr. Diese Rückkehr kann nicht nachhaltig sein, sie führt nicht zur Reintegration im Herkunftsland,

sondern in vielen Fällen in weitere Migrationskreisläufe.

Wir stellen uns gegen die derzeitige Abschiebewut, weil wir in der Fokussierung auf Abschiebung nur eine populistische Form des modernen Exorzismus sehen, keine Politik. Lange wurde auch die Todesstrafe als notwendig angesehen, bis man erkannte, dass sie mit unseren Grundprinzipien nicht mehr vereinbar ist. Es wäre zu wünschen, dass auch Abschiebung nicht mehr instinktiv als richtig oder notwendig betrachtet wird. Abschiebung ist weder richtig noch notwendig. Eine zeitgemäße Migrations- und Flüchtlingspolitik ist eine ebenso politische wie gesellschaftliche Aufgabe. Sie kann nicht allein von einem auf Abwehr und Abschiebung gebürsteten Innenministerium verantwortet werden.

Politik muss rechtlich klar fundiert werden, sie muss aber die Interessen des Aufnahmelandes mit den Interessen auch von Geflohenen und Migrant\*innen und den Interessen der Herkunftsländer abwägen. Und sie muss auf der Basis von Menschen- und Flüchtlingsrechten gestaltet werden. Wer international und global Verantwortung beansprucht, muss auch international und global denken. Abschiebungen sind altertümliche Prozeduren wie das Vorführen der Folterinstrumente bei der Inquisition, sie atmen Exil, Verbannung, diktatorische Machtphantasie, gepaart mit faschistisch bürokratischem Ordnen der Menschen nach obrigkeitsstaatlichen Kategorien. In die Mottenkiste mit diesem Spuk. Der Junge Shams Ahmadi, der hilflos und hilfsbedürftig in Kabul sitzt, und seine Freunde in Niederbayern, die ihn aus der Distanz versorgen, wären dankbar.<

**Stephan Dünnwald**  
ist Ethnologe und arbeitet beim Bayerischen Flüchtlingsrat